Tägliche Omaha Tribüne

TRIBUNE PUBLISHING CO., VAL. J. PETER, President
1311 Howard Str. Telephon: TYLER 340 Omaha, Nebraska

Des Moines, Ia., Branch Office: 407—6th Ave.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr $5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr $1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Nebr., Samstag, den 10. März 1917.

Wilson bestückt die Schiffe—schwört die Gefahr herauf!

Präsident Wilson hat angekündigt, daß er die Handelsschiffe sofort mit Kanonen bewaffnen wird. Den Kongreß hat er gleichzeitig zu einer Sondersitzung auf den 16. April einberufen, um von „ihm die Unterstützung zu verlangen, die er bedarf zur Beschützung der amerikanischen Handelsmarine."

Das Befürchtete tritt also ein. Jetzt ist es, wie wir schon früher gesagt, nur noch ein Schritt zum Kriege. Nach den Berichten der letzten Tage mußte man den verhängnisvollen Schritt Wilsons täglich erwarten. Die Munition für die Alliierten staute sich im Osten in einer solchen Weise, daß es dem inneren Verkehr Amerikas gefährlich wurde. Das hat sogar die Omaha Getreidebörse in einer Depesche an die Bundesregierung deutlich gesagt. Die Schiffe konnten den Bahnen die Ladungen nicht abnehmen, weil sie wie Wilson sagte, „schüchtern am Lande hingen". Da mußte Abhülfe geschaffen werden, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin.

Auch in seiner Inaugurationsrede ließ der Präsident deutlich genug erkennen, was er im Sinne hatte. Sie enthielt eine sehr gefährliche Stelle und lautete wie folgt:

„Wir halten fest zur bewaffneten Neutralität, da es scheint, daß wir in keiner anderen Weise zeigen können, worauf wir bestehen und nicht verzichten werden. Wir mögen sogar durch Umstände, die nicht unserer Absicht und unserem Wunsche entspringen, in eine kräftigere Verfechtung unserer Rechte, wie wir sie auffassen, und in eine innigere Verbindung mit dem großen Kampfe selbst hineingezogen werden."

In ehrliches Deutsch übertragen, heißt das: Wir werden zur Verteidigung unserer neutralen Rechte bewaffnete Handelsschiffe in die Nordsee schicken und wenn es dort zu einem Kampfe zwischen diesen und den deutschen Tauchbooten kommt, dann werden wir uns den Alliierten als Bundesgenossen anschließen.

Würde er gesagt haben, daß er unsere neutralen Rechte gegen alle Nationen verfechten will, so würde das vom amerikanischen Standpunkt verständlich, aber auch nicht unbedenklich sein, denn da alle Nationen, die jetzt im Kriege miteinander stehen, unsere Rechte nicht achten, so müßte der Präsident, um ihnen Geltung zu verschaffen, Krieg gegen die ganze Welt führen. Das ist aber nicht seine Absicht, sondern er will blos Krieg gegen Deutschland führen und das könnte er vor der amerikanischen Nation nicht rechtfertigen, weil der Krieg alsdann ein zweckloses Blutvergießen wäre.

Wenn der Präsident bloß Krieg gegen Deutschland führt, so würde, auch wenn er dieses besiegte, der Zweck, der damit erfüllt werden soll, nicht erreicht sein, denn alsdann wäre England nicht besiegt, das die amerikanischen Rechte in unendlich größerem Maße übertritt und, was noch schlimmer ist, in der Lage wäre, sie noch weiter unbeachtet zu lassen, da die englische Flottenmacht die aller anderen Nationen, die unserige eingeschlossen, bei Weitem überragt und tatsächlich würde es durch die Ueberwindung Deutschlands noch stärker werden und noch mehr, als es jetzt schon geschieht, befähigt sein, uns mit der größten Mißachtung zu behandeln.

Zu dieser Stunde, da er die Absicht ausspricht, England in der Ueberwindung Deutschlands zu unterstützen, darf kein Schiff aus Amerika nach neutralen Ländern abgehen, das eine andere oder eine größere Ladung an Bord hat, als England gestattet. Eine gröbere Mißachtung unserer neutralen Rechte ist doch nicht denkbar. Waren, wie Baumwolle, die wir unter dem Völkerrecht befugt sind, in irgend welchen beliebigen Mengen nach neutralen Ländern zu schicken, dürfen dorthin nicht gebracht werden, weil England es nicht erlaubt. Das ist doch eine infame Vergewaltigung der amerikanischen Nation. Die Briefpost, die immer unter dem Schutz des Völkerrechts stand, wird von England durchsucht und beraubt. Das ist ein Eingriff in unsere souveränen Rechte, der den Präsidenten veranlassen sollte, nicht für, sondern gegen England Stellung zu nehmen. Es ist ein elementarer Grundsatz des Völkerrechts, daß eine Blockade gesetzlich und wirksam sein muß. Ist solches nicht der Fall und werden doch Blockaderechte ausgeübt, so ist das eine fulminante Beleidigung der Nation, die solch ungesetzlicher Blockade ausgesetzt wird. Daß der Präsident den Schimpf, den England durch Ausübung seiner Blockade unserer Nation antut, empfindet, darüber kann kein Zweifel bestehen, denn in einer geharnischten Note hat er die englische Regierung benachrichtigt, daß er die Blockade nicht anerkennt. Ebenso hat er sie benachrichtigt, daß die von England ausgeübte Kontrolierung unseres Handels mit den neutralen Ländern eine Beleidigung und Vergewaltigung unserer Nation ist. Wenn daher der Präsident die neutralen Rechte wirklich geltend machen will, so müßte er bewaffnete Handelsschiffe abschicken, um die Blockade, die er selbst als ungesetzlich und unwirksam bezeichnet, mit Gewalt zu durchbrechen, ebenso müßte er bewaffnete Handelsschiffe nach den neutralen Ländern abschicken zur Verfechtung unseres Rechts, ihnen alle Waren zu liefern, die sie bestellen. Ebenso müßte er bewaffnete Handelsschiffe abschicken, um für unser Recht einzutreten, daß England keine Waren konfisziert, die nicht Kontrebande sind, die es aber im frechen Pochen auf seine Uebermacht zur See für Kontrebande erklärt hat.

Das alles will der Präsident nicht tun, sondern er will bloß die deutsche Blockade durchbrechen, die erklärt werden mußte, weil der Präsident nach zwei und ein halb Jahren unsere neutralen Rechte England und seinen Alliierten gegenüber außer Kraft gesetzt hat. Unmöglich kann der Präsident angesichts solcher offenkundigen Tatsachen glaubhaft machen, daß er für die neutralen Rechte der Ver. Staaten eintreten will. Seine wirkliche Absicht ist, die Ver. Staaten in den Strudel des Weltkrieges hineinzustoßen. Das erklären wir für unverantwortlich.

Kein Bruch mit Oesterreich.

Allem Anschein nach wird der Bruch zwischen Washington und Wien vermieden werden können, es sei denn, daß der Präsident zu einem solchen durch einen vorsätzlich feindseligen Akt von Tauchbooten der Doppelmonarchie gezwungen wird, wenn durch einen Vorfall der bezeichneten Art das Leben von amerikanischen Bürgern gefährdet wird. Die maßgebenden amtlichen Kreise haben anscheinend die aus Wien eingetroffene Antwort auf die Anfrage des Präsidenten, ob Oesterreich an der früher abgegebenen Erklärung noch festhalte, eingehend studiert, und das Ergebnis scheint ein befriedigendes gewesen zu sein.

Die Note ist in entschieden versöhnlichem Ton gehalten. Man läßt auch der sicherlich unbequemen und delikaten Lage, in der sich die Wiener Regierung befindet, alle Gerechtigkeit widerfahren. Sie mußte einerseits die Haltung Deutschlands gegenüber dem Tauchbootkrieg gutheißen, andererseits dies aber in einer Weise tun, die nicht die amerikanische Regierung derartig verletzen durfte, daß diese sich veranlaßt sehen konnte, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, ehe noch durch den sogenannten „offenen Akt" der äußere Anlaß gegeben war. Der einzige Punkt, in dem die Absichten der beiden Regierungen unversöhnlich auseinandergehen, muß in dem Bestücken der amerikanischen Handelsschiffe erblickt werden.

Oesterreich-Ungarn vertritt den Standpunkt, daß das Bewaffnen der genannten Schiffe, selbst wenn es lediglich für Zwecke der Verteidigung erfolgt, sich nicht durch das Völkerrecht begründen läßt. Die genannten Fahrzeuge müssen nach der Wiener Auffassung als private Schiffe angesehen werden und unterliegen somit der Zerstörung. Diese in der österreichischen Antwort enthaltene Erklärung mag sich als der Stein des Anstoßes erweisen, der den Beziehungen zwischen beiden Ländern verhängnisvoll werden kann, denn der Präsident hält eben hartnäckig an der Auffassung fest, daß er zweifellos das Recht zur Bestückung hat und diese wird jetzt ohne jegliche Rücksicht auf die Ansicht Oesterreichs über ihre Legalität erfolgen. Wenn die Wiener Regierung in Aufrechterhaltung ihres Standpunktes sich verleiten lassen sollte, ein so ausgerüstetes amerikanisches Schiff zu versenken, dann mag allerdings der Bruch mit überraschender Plötzlichkeit eintreten. Entgegen früheren Versicherungen, der Präsident werde sich auf weitere Unterhandlungen mit Wien nicht einlassen, heißt es jetzt, daß die österreichische Regierung eine Antwort des Weißen Hauses erhalten wird, wenn eine solche nicht durch den befürchteten offenen Akt verhindert wird. Die Wiener Note fordert weitere Unterhandlungen in der einladendsten Weise geradezu heraus, und der Präsident wird sich ihnen kaum entziehen können, wenn er nicht den Eindruck hervorrufen will, daß er Oesterreich brüskieren und den Bruch absichtlich herbeiführen will. Jedenfalls ist man sehr gespannt zu erfahren, ob dem auf Washingtons Wunsch ernannten neuen Botschafter Grafen von Tarnowski nunmehr gestattet werden wird, seine Beglaubigungen dem Präsidenten zu überreichen. Der Botschafter traf in der Bundeshauptstadt fast in demselben Augenblick ein, in dem der Bruch mit Deutschland erfolgte, wodurch natürlich auch für Oesterreich, als dem vornehmsten Verbündeten Deutschlands eine überaus heikle Lage geschaffen wurde.

Der Appam-Fall.

Unser Bundesgericht hat die „Appam" den Engländern zugesprochen. In den Gerichten ist damit die Sache erledigt. Sie hätte dorthin nicht gehört. Es war Sache der Exekutive, den Vertragsfall anzunehmen und die „Appam" als rechtsmäßige Prise Deutschlands zu behandeln, die unter den Vertragsbestimmungen hier eintraf. Der Wunsch, England gefällig zu sein, als man noch von Englands Sieg überzeugt war, hat das verhindert.

Die Gerichte haben dann das Uebrige besorgt und erklärt, daß Deutschland kein Recht gehabt habe, seine Vertragsrechte in Anspruch zu nehmen. Eine Berufung gibt es damit nicht mehr.

Aber die Sache kann noch sehr unangenehme Folgen haben. Das deutsche Recht kennt das Retaliationsrecht, das in den diplomatischen Noten Washingtons über die Tauchbootfrage mit vieler Betonung als nicht vorhanden bestritten worden ist.

Es besagt, daß, wenn Deutschen das Recht im Auslande verweigert wird, Angehörigen des betreffenden Landes in Deutschland das Gleiche von den Gerichten widerfahren dürfe.

Diplomatie mag über derartige Folgen hinweghelfen und sie verhüten. Aber schon sie möglich zu machen, ist mindestens nicht sehr ehrenvoll für Amerika.

Verwerfliche Reklame.

Da wir in den Vereinigten Staaten noch keine allgemeine Dienstpflicht haben, so muß Onkel Sam natürlich Werbebureaus unterhalten. Und ein verständiger Mensch kann etwas dagegen einzuwenden haben, daß diese Werbebureaus gerade jetzt eine besonders eifrige Tätigkeit entfalten, um taugliche junge Leute für die Armee und die Marine zu gewinnen. Wir meinen aber, daß die Mittel, die dabei angewandt werden, über jede Kritik erhaben sein sollten. Nun wird uns ein kleines Heftchen zugeschickt, welches junge Amerikaner auffordert, in die Marine einzutreten. Auf der zweiten und der dritten Seite stehen einander zwei Rubriken gegenüber, die schildern, welch eine jammervolle Existenz der junge Amerikaner im Zivilleben führt und welch eine vorzügliche Behandlung ihn im Gegensatz dazu in Onkel Sams Marine erwartet. Unter der ersten Rubrik liest er folgendes:

1. Arbeit unsicher, Streiks, Ausstände, Krankheit.
2. Beförderung langsam und unsicher.
3. Oft zeigt sich Günstlingswirtschaft.
4. Bezahlung gering, während er ein Handwerk lernt.
5. Dieselbe alte und ermüdende Routine jeden Tag.
6. Ein düsterer, drückender und uninteressanter Arbeitsplatz.
7. Krank; Bezahlung hört auf, Doktorrechnung fängt an.
8. Wenn du stirbst, so erhält deine Familie nur, was du von deinem kleinen Lohn hast zurücklegen können.
10. Wenig verfügbares Geld. Fast dein ganzer Lohn geht in den Lebenskosten auf.
11. Im Alter hast du wenig gespart und deine Stelle erhält ein jüngerer.

In der gegenüberstehenden Rubrik auf der dritten Seite wird der junge Amerikaner nun darüber belehrt, wie viel besser Onkel Sam in allen diesen Punkten für ihn und die Seinen sorgt, wenn er in die Marine eintritt.

Wir sehen also, wie die Marine hier gewissermaßen in Wettbewerb mit der Privatindustrie tritt. Und um den jungen Amerikaner für sich zu gewinnen, zeichnet sie die Bedingungen, unter denen er in der Privatindustrie arbeitet, in den schwärzesten Farben. Der Verfasser des Heftes stempelt den amerikanischen Arbeitgeber zu einem unmenschlichen Tyrannen, der kein Herz für seine Leute hat, sie in der unbarmherzigsten Weise ausnutzt, um sie dann, wenn sie alt und müde geworden sind, einfach auf die Straße zu werfen. Wenn in der amerikanischen Industrie wirklich solche menschenunwürdigen Zustände herrschten, so wäre Onkel Sam sicherlich nicht ganz unschuldig daran, und, statt diese Zustände als Reklame zu gebrauchen, wäre es seine Pflicht, sie zu bessern. In fast allen Staatslegislaturen und auch im Kongreß werden fortwährend Bills eingereicht, welche die Presse der staatlichen Kontrolle unterstellen. Viele dieser Bills haben den Zweck, es der Presse unmöglich zu machen, das leichtgläubige Publikum mit unredlichen Anzeigen irre zu führen. Hat die Presse nicht ein Recht, zu erwarten, daß Onkel Sam, wenn er selbst anzeigt, ihr mit gutem Beispiel vorangeht?

Beruft Euch bei Einkäufen auf die „Tribüne".

Die Sorgfalt, mit welcher Dr. Weiland, Fremont, Nebr., Brillen für Ihre Augen paßt, wird dieselben vorteilhaft beeinflussen.

Der englische Lohn.

Das Pflichtbewußtsein liegt den englischen Kolonial-Soldaten nicht in den Knochen. Sie müssen daher etwas angefeuert werden. Zu diesem Zweck ist an die Retter of the mother-country der Armeebefehl an die australischen Truppen in Aegypten in einer Weise abgefaßt, wie er nicht niederträchtiger sein könnte, und die Scheinheiligkeit und moralische Verkommenheit der englischen Nation beweist. Der Befehl lautet dahin:

„Tapfere Australier und Neuseeländer! Als siegreiche (diese schamlose Lüge!) Helden aus den Gallipolikämpfen seid ihr hierher gebracht worden in dieses schöne Land, damit ihr euch von den ausgestandenen Strapazen erholen könnte. Ihr habt während dieser Zeit wegen eurer bewährten Tapferkeit die weitgehendsten Vergünstigungen erhalten, die euch nur irgendwie gewährt werden konnten. Ihr sollt nun in der nächsten Zeit wieder euren Kriegsruhm, den ihr auf Gallipoli erworben habt, auf andere Kriegsschauplätze verpflanzen. Ihr seid dazu bestimmt, mit eurer bewundernswürdigen Tapferkeit und Ausdauer den Endsieg über eure Feinde zu erringen. Dafür winkt euch großer Lohn! Wenn ihr die feindlichen Länder erobert haben werdet, so sollt ihr auf Kosten des Feindes ein herrliches Leben führen dürfen, ihr werdet es dort schöner haen, als ihr es hierzulande gewissen; mit den **unzähligen schönen Weibern** der geschlagenen Feinde sollt ihr bei süßem Wein großartige Siegesfeste begehen! Es wird Sorge getragen werden, **daß ihr nicht so schnell aus diesem genußreichen Leben gerissen werdet!** Auch euer Sold wird auf Kosten des Feindes verdoppelt werwen!"

Die Entehrung des deutschen Weibes als Siegeslohn entspricht denselben England, das tausende von Burenweibern schänden und verhungern ließ, um seine Mission zu erfüllen. Die amerikanischen Kriegsbrüller, die unser Land mit Gewalt in den Krieg ziehen wollen, dürfen stolz sein, auf den **großen englischen Lohn, der ihrer winkt.** Armes England! S.

Neuigkeiten aus Iowa.

Aus Des Moines.

John Watters der Dienstag vormittag Ecke östl. 5. und Walnut Str. Ray Burgeß erschossen hat, hat sich Donnerstag morgen selbst der Polizei gestellt. Er telephonierte Polizeichef Jackson, ihn Ecke östl. 4. und Walnut Str., in Empfang zu nehmen, und als der Chef dort eintraf, wartete der Mörder wirklich schon auf ihn. Er behauptet in Selbstverteidigung gehandelt zu haben und dies beweisen zu können.

Trotzdem das Gesetz sich als ein problematisches bewiesen und immer und immer wieder übertreten worden ist, weigerte sich das Haus, das Anti-Trinkgeldgesetz zu widerrufen.

Die an dem Neubau der Ford'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter, etwa 140 Mann, gingen Dienstag an den Streik, da ihnen ihre Forderungen nicht bewilligt wurden. Dieselben lauteten auf Anerkennung ihrer Organisation als Arbeiter Union, Erhöhung des Stundenlohnes um 7½c per Stunde, Achtstunden-Arbeitstag und doppelten Lohn für Ueberzeit. Die Streiker, welche teilweise den J. W. W. angehören, marschierten Mittwoch morgen nach 8 Uhr durch die Straßen der Stadt, aber es war noch zu zeitig, um einen Erfolg damit zu erzielen. Ihre Stellen sind zum großen Teil bereits anderweitig besetzt.

Der Stadtrat hat auf Antrag des Stadtvaters Woolgar die Gehälter der Polizisten und Feuerwehrleute um zehn Prozent erhöht. Die Erhöhung tritt vom 1. April an in Kraft.

Waggonmangel zwingt Mühlen zum Schließen

Minneapolis, Minn., 9. März.— Wegen Mangels an genügender Frachtwaggons haben zwei der fünf Dampfmühlen der Pillsbury Flour Mill Co., hier ihren Betrieb einstellen müssen, und die Washburn Crosby Mühlen sowie andere mögen in den nächsten Tagen gezwungen werden, dasselbe zu tun. Die letzten Mehlsendungen wurden heute nach den Neu England Staaten geschickt, um dem dortigen Mehlmangel abzuhelfen. Da keine Waggons mehr erhältlich sind, muß der Betrieb eingestellt werden. J. S. Pillsbury erklärte, daß die östlichen Bahnen nicht die von ihnen verlangte Zahl an Frachtwaggons gestellt hätten.

Senat vertagt sich bis Montag!

Washington, 9. März. — Der Bundessenat hat sich heute um 12:08 nachmittag bis Mittag nächsten Montags vertagt, um dem „Steering"-Komitee Gelegenheit zu geben, Empfehlungen zwecks Ernennung der verschiedenen Komitees zu machen.

Aus Council Bluffs.

Silberne Hochzeit.

Herr George Eyeberg und Gattin unweit von McClelland wohnhaft, feierten letzte Woche das 25-jährige Ehejubiläum im Kreise ihrer zahlreichen Verwandten und Freunde. Wir gratulieren noch nachträglich.

Belehrende Wandelbilder.

Unter den Auspizien des Verbandes der Kaufleute von Co. Bluffs fand am Mittwoch abend Wandelbilder Vorstellung im Grand Hotel statt. Die interessanten Vorführungen fanden allgemeinen Beifall von den zahlreichen Besuchern.

Umsatz in Grundeigentum.

Am Mittwoch wurden in der Office des County Rekorders sechs Verkaufs-Urkunden von Grundeigentum eingetragen; der darin angegebene Wert der Grundstücke war auf $350,000 beziffert.

Die deutsche Regierung hat dem polnischen Staatsrat für den Wiederaufbau der Stadt Kalisch 12 Millionen Mark überwiesen. Wieder ein Beweis, daß Deutschland entschlossen ist, Polen unter keinen Umständen wieder unter russische Herrschaft kommen zu lassen. Auch ist es überzeugt, daß es imstande sein wird, es zu verhindern.

Willys-Overland
Motor Cars

Vollbestand des Wertes

Light Fours

Touring	$665
Roadster	$650
Country Club	$750

Big Fours

Touring	$850
Roadster	$835
Coupe	$1350
Sedan	$1450

Light Sixes

Touring	$985
Roadster	$970
Coupe	$1385
Sedan	$1585
Willys-Six Touring	$1395

Willys-Knights

Four Touring	$1285
Four Coupe	$1650
Four Sedan	$1950
Four Limousine	$1950
Eight Touring	$1950

All prices f. o. b. Toledo (Subject to change without notice) "Made in U. S. A."

In der Overland „Big Four" für $850 und der „Light Six" für $985 stehen Eleganz und praktische Dauerhaftigkeit im richtigen Verhältnis, um dauernde Zufriedenheit zu geben.

Sie geben ein Beispiel der hervorragenden Werte, die durch unsere Riesenproduktionen ermöglicht werden.

Geräumigkeit allein macht keine Größe. Eine Industrie ist so groß, wie ihr Dienst dem Publikum gegenüber.

Aber die Geräumigkeit bietet gewöhnlich Gelegenheit für Dienst.

Im Falle der Overland wurde Geräumigkeit auf Grund der Voraussicht und Herzhaftigkeit angenommen.

Es bot sich eine gute Gelegenheit zur Aufstellung neuer Werte in Motorcars—die war ein Dienst.

Wachstum kam als Lohn für diesen Dienst und mit dem Wachstum kam wiederum weitere Dienstgelegenheit —weitere Erhöhung des Wertes.

Die heutige, ungeheure Größe bedeutet Erfahrung, Ausstattung und Hilfsquellen, zuzüglich des öffentlichen Vertrauens, welches Festigkeit für noch größeren Dienst gibt.

Das Willys-Overland Dienstideal ist der **Vollbestand des Wertes** ihres Produktes während der ganzen Dienstzeit dieses Erzeugnisses.

Die Willys-Overland Motor Cars, welche wir Ihnen zeigen, stellen dieses Ideal und die vernünftigste Sorte Cars vor, die jemals von einem Fabrikanten hergestellt wurden.

WILLYS-OVERLAND, Inc.

Telephon Douglas 3290 **2047-49 Farnam Straße**

Omaha, Nebraska

Big Four $850 Light Six $985

The Willys-Overland Company, Toledo, Ohio
Manufacturers of Willys-Knight and Overland Automobiles and Light Commercial Cars